

Dresdner Nachrichten

S gegründet 1856

Belegexemplar bei täglich zweimaliger Bestellung
für 600 monatlich RM. 2.50, durch Postbestellung
RM. 2.80 zuzüglich 10% Post- und Verpackungsgeld
Belegexemplar bei halbjährlicher Bestellung
RM. 12.00, bei Jahresbestellung RM. 22.00, zuzüglich
Post- und Verpackungsgeld

Druck u. Verlag: Kleyfisch & Reichardt, Dresden-N. I., Markstr.
13/12, Fernruf 25291. Postfach 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Landeshauptmannschaft Dresden und des Staatsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Einzelnummer 10 Pfennige Nr. 7; 100-Nummernheft
RM. 1.50 (Post) 1.75 Pf. Nachfälle nach Artikel 10
Bemerkungen u. Stellungnahme 100-Nummernheft
RM. 1.50 (Post) 1.75 Pf. — Nachdruck
nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten.
Unerwünschte Zuschriften werden nicht beantwortet

Scharfer deutscher Protest in Prag

Bestrafung der Provokateure von Glas verlangt

Berlin, 4. August.

Die deutsche Botschaft in Prag hat gegen die erneute, offenkundig vorfällige Ueberfliegung tschecho-slowakische Militärflyzeuge scharfsten Einspruch bei der tschecho-slowakischen Regierung erhoben und Bestrafung der Schuldigen verlangt.

Der scharfe deutsche Protest unterstreicht nachdrücklich den Ernst der Lage, der durch die unerhörte neue tschechische Provokation hervorgerufen worden ist. Der neue Zwischenfall schließt sich der Reihe der bisherigen Unternehmungen gleicher Art an, weicht aber weit schwerer als diese, zumal er sich in einem Augenblick ereignet hat, in dem der englische Vertreter in London, Lord Runciman, sich anschickt, mit der Lösung seiner schwierigen Aufgabe zu beginnen. Ihm sollte wohl durch eine besonders frasse Demonstration vor Augen geführt werden, in welchem Maße die Tschechen Befriedigungsaktionen aufnehmen. Das deutsche Volk ist mit Recht auf das äußerste empört über den beispiellos frechen neuen tschechischen Uebergriff. Wo bleibt die Zustimmung Krostas, des tschecho-slowakischen Außenministers, die erst vor wenigen Wochen gegeben wurde, daß sich tschechische Militärflyzeuge nicht fünf Kilometer von der Grenze einfliegen zu lassen haben, um Grenzinspektoren zu vermeiden. Wenn deutsches Volk die Bestrafung der Schuldigen verlangt wird, so darf man wohl annehmen, daß damit die wirklichen Schuldigen gemeint sind, nämlich nicht nur diejenigen, die wohl nur einen erhaltenden Befehl ausföhrten, sondern auch die militärischen Kommandos, die den provokatorischen Befehl erteilten.

In dem tschechischen Uebergriff liegt eine beispiellose Verletzung der Gerechtigkeit gerade im gegenwärtigen Augenblick. Auf eine friedliche Lösung der tschechischen Frage ist man in den Hauptstädten Europas bedacht. Deutschland hat zu erkennen gegeben, daß auch sein Streben auf eine friedliche Lösung gerichtet ist. Aber un-

geachtet aller Bemühungen verantwortungsbewusster Staatsmänner, unternehmen es tschechische kriegsbeverliche Desperados, die bessere Atmosphäre, die man bereits herausziehen sah, verbrecherisch zu zerstören. Will man etwa bewußt neue Verwicklungen schaffen, um die in Prag beginnenden Besprechungen unter dem Druck einer bedrohlichen Stimmung zu legen? Dann dürfte der freudvolle Liebermut der Tschechen nur eine Wirkung erzielen, nämlich die, aller Welt noch deutlicher als bisher schon vor Augen zu führen, daß mit halben Maßnahmen in der tschechischen Frage nichts mehr getan ist. Sie verlangt klare und entschlossene Lösungen.

Die Antimoor Praga auf den deutschen Protest, dessen Schärfe der Prager Regierung eine gewisse Warnung sein sollte, steht noch aus. Aus ihr und den Maßnahmen, die die Tschecho-Slowakei ergreift, um die Schuldigen einer Bestrafung auszuführen, wird man ersehen können, welche Geist auf dem Prager Hof herrscht. Mit gewissen Beschränkungsverhalten würde Prag die Dinge nur verschlimmern. Die Lage erfordert darüber dürfte man in der Weltöffentlichkeit wohl einer Meinung sein, eine exemplarische, wirksame Bestrafung der unmittelbaren Schuldigen und der Verantwortlichen, die das Spiel mit dem Feuer betreiben. Weiter sind durchgreifende Vorkehrungen notwendig, die gesichert sind, die Wiederholung bevorstehender Zwischenfälle endlich einmal zu unterbinden. Noch einmal sei betont: Wenn sich der Optimismus, von dem man in Paris und London bereits sprach, wieder verflüchtigen sollte, so kommt das einzig und allein auf das Schuldkonto Praga.

Standbemerkungen

Das Opfer der Gemeinden im Finanzausgleich

Die vom Reichsminister Dr. Fric bei der Jahresversammlung des Deutschen Gemeindebundes angeführte Veränderung im Reichsfinanzausgleich ist nun Gesetz geworden. Der Inhalt dieser Veränderungen dürfte noch in Erinnerung sein. Die Gemeindebesteuer fällt weg und wird mit der Reichssteuer vereinigt. Dadurch verlieren die Gemeinden 170 Millionen RM. In solchen Randstellen, in denen die Biersteuer eine besondere Rolle im Gemeindehaushalt spielte, wie in Bayern und Thüringen, wird bis auf weiteres ein gewisser Ausgleich geschaffen. Diefür stellt das Reich den betreffenden Ländern eine Summe von 12 Millionen RM zur Verfügung. Die Körpererschaften (Körperschaften) der Gemeindebetriebe (Versorgungs- und Verkehrsbetriebe), die dem Grundbesitz nach erhoben wurde, an die Gemeindekassen aber zurückfiel, fällt in Zukunft dem Reich zu. Man schätzt, daß damit 120 Millionen RM jährlich an Mehreinnahmen für das Reich erzielt werden. Die Grunderwerbsteuer, die in der Regel zu 5% des Grunderwerbs erhoben wurde, fällt künftig zu drei Fünfteln an das Reich, zu zwei Fünfteln an die Stadt- und Landkreis. Damit verlieren die Gemeinden rund 120 Millionen RM. Die Begründung für diese veränderte Steuerverteilung ergibt sich aus der Gesamtlage von selbst. Das Reich hat durch die Aufgaben des Vierjahresplanes und der Wehrhaftmachung steigende Ausgaben, während die Gemeinden durch den Rückgang der Sozialkassen und die wachsenden Realsteuern ihre Finanzen leichter im Gleichgewicht halten können. Es ist aber im Gesetz eine besondere Bestimmung getroffen, wonach eine Nachprüfung erfolgen muß, falls den Gemeinden neue Ausgaben zugewiesen werden sollten. — Durch das sogenannte Platon-Gesetz vom Februar 1939 waren die Gemeindecinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zu einer bestimmten Grenze festgesetzt worden, die sie nicht überschreiten durften. Das bedeutet, daß Gemeinden und Länder am wachsenden Steuerertrag des Reiches nur bis zu einer Höchstgrenze beteiligt sein konnten. Diese Starrheit auf der Einnahmeseite hat sich bei den Ländern als nicht haltbar erwiesen, da diese als die finanziellen Träger der Hochschulen und durch ihre Mitwirkung am Vierjahresplan gesteigerte Ausgaben aufweisen. Daher ist Vorsorge getroffen, daß für die Länder wieder eine erhöhte Ueberweisung möglich ist, die etwa 75 Millionen im Jahr betragen wird. Ingesamt wird das Reich durch den veränderten Finanzausgleich eine Mehreinnahme von 800 Millionen RM im Jahre erhalten.

Deutsche Herztenschaft ohne Juden

Die vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz, die soeben verfaßt worden ist, ist wie die ihr nachstehenden Verordnungen für das öffentliche Leben in Deutschland von hoher Bedeutung. Sie vollzieht die Ausschaltung der jüdischen Kerne aus der deutschen Herztenschaft. Und sie beantragt sich dabei nicht mit allgemeinen Feststellungen, die erst in einer späteren Zukunft eine Wirksamkeit erhalten

Nehle Schikane gegen Sudetendeutsche Bauern

Wird der tschecho-slowakische Verteidigungsminister Abhilfe schaffen?

Prag, 4. August.

Der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei Obrlik hat an den Verteidigungsminister eine Anfrage gerichtet, in der er gegen die Praxis des Kommandos der Militärbewachung in einem sudetendeutschen Ort — der Ortsname verfiel bei der Drucklegung der Interpellation der Zensur, so daß er nicht wiedergegeben werden kann — Beschwerde einlegt und die Aufhebung der unnötigen Verfügungen gegenüber der ohnehin schwer betroffenen sudetendeutschen Landbevölkerung fordert. Wie aus der Interpellation hervorgeht, gibt das Militärkommando in diesem Ort an alle Landwirte, die im Bereich militärischer Objekte ihre Felder bestellen müssen, Legitimationen aus, ohne die das Betreten des abgesperrten Bodens verboten ist. Diese Ausweise werden jedoch nur auf Grund einer Bürgerlegitimation ausgeben. Die Beschaffung einer solchen Bürgerlegitimation ist durch Stempel- und sonstige Gebühren mit Unkosten von etwa 40 Tschechen Kronen verbunden. Die Ausfertigung dieses Betrages bedeutet, so wird in der Interpellation ausgeführt, für eine mehrköpfige Bauernfamilie, deren Mitglieder auf den Feldern zu arbeiten haben, eine untragbare Belastung. In den kleinen Gemeinden sei den zuständigen Behörden jeder einzelne Gemeindeglieder persönlich bekannt, so daß es also möglich wäre, den Identitätsnachweis für die zum Betreten der Felder notwendigen Legitimationen billiger zu erlangen. In einer solchen Verfügung, wie sie der angeführte Bauer darstellte, könne daher nur eine unnötige Schikane der sudetendeutschen Bevölkerung erblickt werden.

Runciman will die sudetendeutschen Siedlungsgebiete sehen

Prag, 4. August.

Die „Reichenberger Zeitung“ hatte Lord Runciman einen Sonderberichterstatter entgegengeschickt, der während der Fahrt empfangen wurde. Runciman erklärte diesem, daß er zum ersten Male in die Tschecho-Slowakei komme. Seine Gattin wollte bereits 1929 als Kongreßdelegierte in der Tschecho-Slowakei. Ueber die Möglichkeit einer politischen Annäherung zwischen Regierung und Widerparten auf Grund der vorgeschlagenen Befriedigungsaktionen lehnte Lord Runciman eine Neuherung ab, da ihm weder die Vorschläge der Regierung noch die Forderungen der Widerparten genügend eingehend bekannt seien. Erst nach einigen Tagen werde es möglich sein, einen verlässlichen Ueberblick über den Stand der Ausgleichsmöglichkeiten zu erhalten.

Als guter Kenner der Verhältnisse könne Runciman Mitarbeiter Stoppard angehen werden. Der Sekretär von Lord Runciman, der ehemalige Abgeordnete und Präsident der englischen Versorgungskommission Dr. Geoffrey

Peto, wollte im Jahre 1936 das letzte Mal in Prag. Die englischen Vermittler würden, so äußerte Lord Runciman, sich in ihren Arbeiten nicht überstürzen, sondern sorgsam den Erwägungen den Vorschlag geben. Für die aller nächste Zeit sind Besuche in der Provinz, vor allem der sudetendeutschen Siedlungsgebiete vorgesehen, um über die Volkstumsfragen Erfahrungen an Ort und Stelle zu sammeln.

Der älteste Sohn des Duce in Dresden

Dresden, 4. August.

Vittorio Mussolini, der älteste Sohn des italienischen Regierungschefs, weilt in seiner Eigenschaft als Präsident der Gra-Film seit Dienstag voriger Woche in Deutschland, um das deutsche Filmgeschäft näher kennenzulernen. Am Mittwochabend traf er in Dresden ein, wo am Donnerstagvormittag den Beth-Hon-Bezirk ein Besuch abgestattet wurde. Zum Empfang des „Commandante“, der von dem italienischen Generalkonsul in Dresden, Ferruccio Luppi, und dem Delegierten der italienischen Film-Industrie für Deutschland bei der Reichsfilmkammer, Commandante Guido Parisi, begleitet war, hatten sich im Hotel mit dem tschechischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, Genk, unter anderem der Präsident der Wirtschaftskammer Sachsen, Direktor Wohlfahrt, und Direktor Simander von Beth-Hon eingefunden. Nachdem Direktor Jürgens den italienischen Gast in der Sprache seiner Heimat begrüßt und ihm einen kurzen Ueberblick über das Schaffen der Werke gegeben hatte, wurde zunächst eine Photo- und Kino-Ausstellung besichtigt. Ein Gang durch die ausgedehnten Fabrikanlagen schloß sich den Filmvorführungen an, wobei ein Schmalstilm und mehrere stumme Filme das besondere Interesse und den Beifall des Besuchers fanden. Nach mehr-



Von rechts nach links: Vittorio Mussolini, Direktor Wohlfahrt, der italienische Generalkonsul Luppi und Wirtschaftsminister Genk

ständiger Besichtigung, die dem „Commandante“ einen eindrucksvollen Einblick in eine Stätte hervorragender deutscher Produktionsarbeit gewährte, verließ Vittorio Mussolini die tschechische Landeshauptstadt. Am Freitag wird er von München aus den Rückflug nach Rom antreten.

Abb. Koch